

Kriminalprävention im Städtebau

Hannover, die Landeshauptstadt von Niedersachsen, berücksichtigt bei der Stadtplanung auch kriminalpräventive Gesichtspunkte – mit nachhaltigem Erfolg.

Kriminalität als soziales Phänomen wird in positiv gelebten Nachbarschaften zurückgedrängt: Dort, wo es selbstverständlich ist, dass dem Nachbarn während des Urlaubs der Briefkasten geleert, die Haustiere versorgt und die Blumen gegossen werden, wo eine Verantwortung für Gemeinschaftsflächen und -räume besteht, wird durch das Miteinander eine informelle, soziale Kontrolle ausgeübt, wodurch ein in der Siedlung Fremder eher auffällt als in Massentypbauten und Kriminelle es schwerer haben. Ordnung und Sauberkeit von Anlagen zeigen an, dass die Bewohner sich um ihr Umfeld kümmern. Anzeichen einer Verwahrlosung locken ungebetene Personen an, was wiederum zu einer Abwendung der Bewohner führt; man ist froh, zu Hause angekommen zu sein und die Tür von innen versperren zu können. Damit fällt die informelle, soziale Kontrolle weg, Prozesse einer Umschichtung der Bewohner kommen in Gang.

Kriminalpräventive Siedlungsgestaltung. Dass ein Gemeinschaftsgefühl entsteht, lässt sich auch durch die Bauweise von Siedlungen erreichen. Man muss es den Bewohnern erleichtern, ihr Territorium überschaubar zu halten, und so hat sich das Leitbild des „Schutz bietenden Raums“ („Defensible Space“; Oscar Newman 1972) herausgebildet. Selbst unbewusst Wahrgenommenes kann mithelfen, Grenzen insbesondere zwischen dem öffentlichen und dem halb öffentlichen Raum aufzuzeigen, wie etwa unterschiedliche Farbgebungen von Wegen, Bepflanzungen, Bodentexturen, bis hin zu physischen Barrieren wie Zäunen, Mauern, Toren und Schranken. Mit baulichen Mitteln, etwa durch die Auffindbarkeit und Überschaubarkeit der Eingänge und die Anordnung der Fenster auf Bezugsräume der Nachbarschaft, kann ein hohes Maß an sozialer Kontrolle erreicht werden.

Je mehr Personen sich einen Raum zu teilen haben, umso weniger fühlt sich der Einzelne für diesen Raum verantwortlich. Gefördert werden sollen



Die Stadtverwaltung von Hannover bezieht die Bürger bei der Sanierung von Plätzen ein.



Bänke in der Bahnhofstraße, mit Armlehnen unterteilt: Ein Liegen auf diesen Bänken ist nicht möglich.

Quartiersidentifikation und „Mini-Nachbarschaften“. Aus Sicht des Planers sollen dunkle Wege und Gänge („Angsträume“), dunkle Nischen und Versteckmöglichkeiten vermieden werden. Durch die Beleuchtung sollen auch nachts die Gesichtszüge eines Menschen bereits auf eine Entfernung von einigen Metern so erkannt werden, dass auf seine Absichten geschlossen werden kann. Für alle diese Maßnahmen ist der Begriff der „kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung“ entstanden.

„Man kann zwar nicht sagen, dass die Neubauten und Sanierungsvorhaben, die in Hannover rund um die Weltausstellung *Expo 2000* durchgeführt wurden und die weiterlaufen, nur aus kriminalpräventiven Gesichtspunkten heraus erfolgt sind“, erläutert Gerhard Kier, Büroleiter im Fachbereich Planen und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Hannover im Gespräch. „Aber im integrativen Planungsprozess war dieses Wissen jedenfalls immer dabei.“

Zusammenarbeit Polizei – Stadtverwaltung. „Schon 2003 hat sich die niedersächsische Landesregierung dafür

ausgesprochen, die Kriminalprävention in städtebauliche Vorhaben einzubinden“, berichtet Dirk Behrmann, beim Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen zuständig für den Bereich technische Prävention. „Modernes Präventionsverständnis setzt nicht erst dann ein, wenn der Täter vor der Tür steht, sondern schon bei der Tatgelegenheitsstruktur; was kann man tun, dass ein Täter gewisse Objekte und Räume erst gar nicht aufsucht.“

Das LKA Niedersachsen war federführend für das zweijährige Pilotprojekt „Kriminalprävention im Städtebau“. Eines dieser Projekte war das Gilde-Carré im hannoverschen Stadtteil Linden, wo in Nachbarschaft eines großen Hochhauskomplexes auf dem Gelände einer früheren Brauerei rund 70 Stadthäuser mit Gärten errichtet werden.

„Wir haben erst einmal lernen müssen, wie Stadtplanung funktioniert und wie Flächennutzungs- und Bebauungspläne zu lesen sind“, erzählt Behrmann. „Auch für einen relativ kleinen Raum Lagebilder zu erstellen, hat uns vor neue Aufgaben gestellt.“ Die notwendigen Statistiken, die nicht nur die Kriminalität, sondern auch das Sicherheitsempfinden der Bürger widerspiegeln, bestehen für kleinere Bereiche kaum. So werden zum Beispiel Ruhestörungen nicht gezielt nach der Örtlichkeit erfasst. Nachzufragen ist, wie es in der Umgebung der neu zu errichtenden Wohnanlage mit Sachbeschädigungen (etwa abgebrochene Rückspiegel, Graffiti-Malereien) oder anderen Delikten aussieht, sodass mögliche Vorsorge für die neue Wohnanlage frühzeitig vorbereitet werden kann.

Ein Hinweis ist die Wohnzufriedenheit im Umfeld; eine rasche Fluktuation der Bewohner spricht für mangelnde Zufriedenheit. Stimmungsbilder und Expertenbefragungen (Kontaktbeamte der Polizei, Stadtbezirksplaner, Sachbearbeiter von Schadensversicherungen) können weiterhelfen, oder jener, die Jugendkriminalität (Bandenbildung) oder Drogenkriminalität bearbeiten. Andererseits kommt es auch auf

Strukturen an, die Kriminalitätshemmend wirken, wie etwa die Bildung guter Nachbarschaft.

Nach Abschluss dieses Projekts und von zwei weiteren Pilotprojekten in Lingen und in Göttingen wird nunmehr überlegt, wie die Erfahrungen in den Alltag der niedersächsischen Städte und Gemeinden übertragen werden können. Auch aus den anderen Bundesländern besteht großes Interesse an den Erfahrungen und an der weiteren Vorgehensweise.

Als erste Stadt in Deutschland hat die Landeshauptstadt Hannover mit der Polizeidirektion Hannover eine am 22. Juni 2006 vom Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidenten unterzeichnete Vereinbarung geschlossen, nach der „künftig schon durch bauliche und planerische Konzepte die Tatgelegenheitsstruktur für mögliche Täter minimiert und die Wohn- und Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner erhöht werden“ soll.

Einbindung der Polizei. Um Erkenntnisse der Polizei zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die Planung der städtebaulichen und Stadterneuerungsmaßnahmen in der Landeshauptstadt einfließen zu lassen, nimmt mindestens einmal jährlich ein Beamter oder eine Beamtin der jeweiligen Polizeiinspektion an einer Besprechung mit dem Stadtbezirksplaner teil. Darüber hinaus werden Planungs- und Sanierungsmaßnahmen größeren Ausmaßes so früh wie möglich der Polizeidirektion Hannover mitgeteilt. Diese wiederum soll initiativ werden, wenn auf Grund der polizeilichen Erkenntnisse Kriminalitätsbrennpunkte in einem bestimmten Bereich entstanden sind, damit untersucht werden kann, ob durch Baumaßnahmen eine Entschärfung erreicht werden kann.

Für Vorhaben, bei denen eine polizeiliche Beteiligung sinnvoll erscheint, stellt die zuständige Polizeiinspektion dem Stadtbezirksplaner ein Lagebild zur Verfügung. Eine Weitergabe dieses Lagebilds an Dritte, etwa an den Bauherrn, erfolgt nur durch die Polizeidirektion Hannover. Während der Realisierungsphase wird die Gesamtsituation beobachtet, um neu entstehenden Kriminalitätsbrennpunkten und sonstigen negativen Entwicklungen so früh wie möglich effektiv entgegenzuwirken. Nach Abschluss der Bau- oder Sanierungsmaßnahmen werden die Präventionsmaßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüft.



Ein Netz von Beleuchtungskörpern leuchtet in der Nacht den Vorplatz des Hauptbahnhofs von Hannover großflächig aus.

Bei – wenn auch nur gefühlt – steigender Kriminalität in einem Stadtteil wird, wie Behrmann aus Erfahrung berichtet, von der Bevölkerung zunächst gefordert, vermehrt Fußstreifen der Polizei einzusetzen. Dann kommt der Ruf nach einer Polizeidienststelle. Mit einer Einbindung der Bevölkerung können demgegenüber mit verhältnismäßig wenig Aufwand gute Erfolge erzielt werden und auch das Gefühl der Sicherheit wird besser. Eines der im Zusammenhang mit der Weltausstellung *Expo 2000* in Gang gesetzten Programme betrifft die Sanierung von Plätzen.

„An den Plätzen macht sich das Stadtgefühl fest, Plätze schaffen Heimat.“ Von den insgesamt 258 Plätzen in Hannover wurde bei 82, die in die Jahre gekommen und manchmal auch soziale Problembereiche geworden sind, dringender Handlungsbedarf festgestellt. Diese Plätze sollen in dem 1999 gestarteten Programm „Hannover macht Platz“ innerhalb von zehn Jahren saniert werden, wofür jährlich 750.000 Euro vorgesehen sind.

„Es sollen Plätze für Bürger und nicht für Designer geschaffen werden“, erläutert Thomas Göbel-Groß, Stadtgestalter des Fachbereichs Planen und Stadtentwicklung, die dahinter stehende Philosophie. Die Leute sollen sich wohl fühlen, und so erfolgt die Sanierung unter weitgehender Einbeziehung der Bevölkerung des betreffenden Stadtteils. Dadurch wird Verbundenheit mit dem Platz erzeugt, der, als eigenes Projekt, anders wahrgenommen

wird, als wenn ein solches von oben herab verordnet wird. Einzuhalten sind natürlich die nicht veränderbaren Rahmenbedingungen, wie Vorgaben technischer Art (in der Erde verlegte Leitungen), die zur Verfügung stehenden budgetären Mittel, Zufahrten für die Feuerwehr oder Anlieferung für den Supermarkt, abzuhaltende Wochenmärkte; auch auf geschützte Bäume ist Rücksicht zu nehmen. An Hand dieser Vorgaben lässt sich auch begründen, warum manche Wünsche nicht erfüllt werden können. Sonst lässt die Stadt der Bürgerbeteiligung großen Raum. Bei der Gestaltung von Spielplätzen werden zum Teil die Schulen einbezogen, oft wird das Thema zum Beispiel im Kunstunterricht behandelt. Die Kinder artikulieren ihre Vorstellungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Einzelpersonen oder Firmen übernehmen Patenschaften für Brunnen, für Spielplätze oder für Bänke.

Wenn sich wieder Aufenthaltsqualität eingestellt hat, werden die Plätze wieder altersübergreifend mit anderen erlebt. Es entwickelt sich eine neue, positiv zu verstehende soziale Kontrolle – mit Auswirkungen bis zum Problem des Hundekots. Durch den wieder entstehenden Kommunikationsraum wächst das Gefühl einer guten Aufenthaltsqualität.

Der Vorplatz des Hauptbahnhofs von Hannover mit der imposanten Reiterstatue von König Ernst August von Hannover mit der sich anschließend

Ausg'steckt is

in den „geraden Monaten“
Februar • April
Juni • August
Oktober • Dezember

**Montag bis Samstag
ab 14.00 Uhr**

**Sonn- und Feiertag
ab 11.00 Uhr**

PETER BERNREITER

A-1210 Wien,
Amtsstraße 24-26
Telefon: 01/292 36 80-0
e-mail: office@bernreiter.at



BERNREITER

WIENER BUSCHENSCHANK



**Dirk Behrmann
(LKA Niedersachsen): „Durch Bau-
maßnahmen die
Tatgelegenheit für
Täter minimieren.“**



**Thomas Göbel-
Gross: „Es sollen
Plätze für Bürger
und nicht für De-
signer geschaffen
werden.“**

zum „Kröpcke“ hin erstreckenden Bahnhofstraße und der darunter in der Minus-1-Ebene verlaufenden Passerelle war dringend erneuerungsbedürftig. Im Zusammenhang mit der Modernisierung des Hauptbahnhofes wurde die Neugestaltung des Ernst-August-Platzes eingeleitet, es wurde Übersichtlichkeit geschaffen und Sichtbeziehungen ermöglicht.

Zur Inszenierung des Raums wurde ein Netz von Beleuchtungskörpern über den Platz gespannt, mit einer Spannweite von teilweise über 110 Metern, mit Beleuchtungsverhältnissen, die auch zur Nachtzeit nicht das Gefühl der Unsicherheit aufkommen lassen. Der Platz wurde zu einem großzügigen Entreé aufgewertet, mit der Folge, dass die Menschen auch abends sich dort gerne aufhalten, wodurch wiederum die Örtlichkeit für die Geschäftswelt attraktiver geworden ist und privates Kapital mobilisiert wurde.

Die Bahnhofstraße hat Flanierqualität erhalten. Dem Problem, dass Bänke zum Übernachten benützt wurden, ist man dadurch begegnet, dass die Bänke dreifach unterteilt wurden, in einer Länge, dass man zwar bequem und allenfalls mit Taschen dort sitzen, nicht aber sich ausgestreckt niederlegen kann.

Das Projekt wurde mit den Geschäftsleuten als Sponsoren entwickelt und finanziert. „Es geht uns nicht darum, Menschen auszuschließen“, betont Göbel-Gross. „Der normale Besucher soll diese öffentlichen Räume besetzen. Weniger erwünschte kommen dann von selbst nicht mehr dorthin.“ Haltestellen der in der Innenstadt als U-Bahn geführten Stadtbahn, wie etwa beim unterirdisch gelegenen Verkehrsknotenpunkt Kröpcke, wurden modernisiert, es wurde Licht hineingebracht und dunkle Ecken vermieden.

ohm

Hinrichs Matthias
Elektroanlagenbau GmbH
Blitzschutzanlagen



MITGLIED DES
KURATORIUMS FÜR
ELEKTROTECHNIK

PARTNER DER
WIEN ENERGIE
GIRA

Aktiv-Partner

St. Veitgasse 76
1130 Wien
Tel.: 01/879 3000
Fax: 01/879 3000-13
e-mail: hinrichs@ohm.co.at

**SCHNEIDER
EXPERTS**

Experts at work.

**Ing.
Peter Stummer**
Geschäftsführer

Mariahilfer Strasse 84
1070 Wien
Telefon: +43/1/522 15 15-13
Fax: +43/1/522 15 15-50
Mobil: +43/664/84 08 588
E-Mail: p.stummer@schneider-
experts.at

Ein Unternehmen der Schneider Gruppe

Der Kronsberg ist ein im Südosten Hannovers in Nord-Süd-Richtung verlaufender, sechs Kilometer langer und zwei Kilometer breiter, landwirtschaftlich genutzter Höhenrücken, der sich bis zu 30 Meter über das angrenzende Gelände erhebt. Zu seiner Bebauung wurde bereits 1993 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben, dem die *Agenda 21* zu Grunde gelegen ist, das Ergebnisdokument der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen von 1992 in Rio de Janeiro. Das Siegerprojekt hat für die zur Bebauung in Betracht kommende etwa drei Kilometer lange und durchschnittlich 500 Meter breite Fläche am Westhang eine rasterförmige Grundstruktur vorgesehen. Es sollte ein naturnaher, ökologisch vorbildlicher Stadtteil der kurzen Wege entstehen, mit Arbeitsplätzen in nächster Nähe. Die ersten Wohnungen wurden Ende 1998 bezogen. Langfristiges Ziel ist die Errichtung von bis zu 6.000 Wohnungen für 15.000 Bewohner.

Der im Zusammenhang mit der *Expo 2000* errichtete Stadtteil – er liegt nordöstlich in Nachbarschaft zum Messegelände, wo die Weltausstellung stattgefunden hat – hat bereits zu dieser Zeit 2.700 Wohnungen umfasst, von denen 1.000 als *Expo*-Wohnungen verwendet wurden, sowie 200 Reihenhäuser. Erschlossen wurde er durch eine neue Linie der Stadtbahn, die zum Messe-Eingang Ost (*Expo-Park*) weiterführt. Die heute fast 7.000 Bewohner sind zur Zeit zu 17 Prozent Ausländer und zu weiteren 13 Prozent deutschstämmige Aussiedler.

Die Hauseingänge zu den rechteckig angelegten Quartieren, die in ihrer Gesamtheit den Stadtteil bilden, liegen zumeist an den rechtwinklig zur Stadtbahnlinie laufenden Erschließungsstraßen und sind von dort nur für Fußgänger und Radfahrer zugänglich – Aspekte einer dadurch gegebenen sozialen Kontrolle und eines „Defensible Space“.

Innerhalb der Gevierte der Wohnanlagen befinden sich gemeinschaftliche Innenhöfe und private Gärten, Kinderspiel- und Streifräume aber auch kleinteilige Parkplatzanlagen – hier ist die Forderung nach Übersichtlichkeit erfüllt. Sicherheit soll sich nicht durch formelle Kontrolle, sondern durch das Miteinander ergeben.

Entlang der Stadtbahn ist die dichteste Verbauung in Häusern mit vier bis fünf Geschossen erfolgt, sie



Bei dieser Wohnanlage im Stadtteil Kronsberg ist die Forderung nach Übersichtlichkeit erfüllt.

lockert sich mit dem Anstieg des Terrains bis zu Einfamilienhäusern auf, die etwa 10 Prozent des gesamten Wohnungsbestands ausmachen. Sämtliche Häuser sind durch entsprechende Wärmedämmung in testierter Niedrigenergiebauweise ausgeführt, Einfamilienhäuser teilweise sogar als Passivhäuser.

Wert wurde darauf gelegt, dass den Bewohnern ausreichend Mieterterrassen, Balkone oder Dachterrassen zur Verfügung stehen – eine Fluktuation der Bevölkerung soll vermieden werden und es sollen sich dauerhafte Nachbarschaften bilden. Über Um- und Wegzüge wird eine Statistik geführt. Die Beleuchtung der Wege wurde so gestaltet, dass eine Erkennbarkeit von

Personen gegeben ist. Auf Verkehrsberuhigung wurde geachtet. Erschließungswege sind als Fußwege gestaltet. An Mauerflächen, die sich für Graffiti eignen würden, werden oft Rankgewächse hochgezogen.

Um das als Platz großzügig angelegte Stadtteilzentrum gruppieren sich ein ganzheitliches Gesundheitszentrum, das evangelische Kirchenzentrum, ein Supermarkt sowie das soziale und kulturelle Stadtteilzentrum. In die Pflasterung des Platzes eingelassen sind „Bürgersteine“, die von Bewohnern selbst hergestellt und bemalt wurden – auf diese Art haben die Bewohner ein Stück ihrer Identität eingebaut und Besitzansprüche symbolisiert.

Kurt Hickisch

HANNOVER

Die Hauptstadt des deutschen Bundeslandes Niedersachsen, umfasst eine Fläche von 204 Quadratkilometern und zählt, mit Stichtag 1. Jänner 2007, 523.000 Einwohner, davon 14,4 Prozent Ausländer. Hannover ist mit den großen Waldflächen und Parkanlagen als „Großstadt im Grünen“, aber auch als Messe- und Kongress-Stadt bekannt. Das Messegelände ist mit über einer Million Quadratkilometern das größte der Welt; die CeBIT und die Hannover Messe sind Welt-Leitmessen. Vom 1. Juni bis 31. Oktober

2000 hat in Hannover die Universalweltausstellung *Expo 2000* stattgefunden. Im Rahmen des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt 2006“, bei dem 190 Projekte aus ganz Deutschland eingereicht wurden, hat Hannover den Sonderpreis „Kinder und Jugend in der Sozialen Stadt“ erhalten für ein Projekt zur Sprachförderung und Elternbildung in Linden-Süd, einem Stadtteil mit 42 Prozent Migrantanteil und doppelt so hoher Arbeitslosigkeit wie im Durchschnitt der Stadt.

www.hannover.de